

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 6 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer
MdB verlangt einseitige
konventionelle Abrü-
stungsschritte der
NATO. "Wer mehr hat,
muß mehr geben".

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB
fordert von der Bun-
desregierung eine klare
Auskunft über deren
Pläne für Wismut: Das
Maß ist voll.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB
warnt vor einem
Deutschland der Pro-
vinzialität: Dialog ver-
sus Muff.

Seite 4

46. Jahrgang / 195

11. Oktober 1991

"Wer mehr hat, muß mehr geben"

NATO muß jetzt auf dem konventionellen Sektor einseitig abrüsten

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und
Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Auf der NATO-Außenministerkonferenz im Juni in Kopenhagen wurde als Aufgabe der NATO definiert, auch künftig das "militärische Gleichgewicht" zu wahren. Militärisches Gleichgewicht wurde in der Vergangenheit stets mit der einzigen greifbaren Formel gemessen: dem Zahlenvergleich von Soldaten und Waffen. Dieses Kriterium bestimmte auch den Vertrag zur konventionellen Abrüstung in Europa vom Herbst 1990, der die Zahlen von NATO und Warschauer Pakt auf ein gleiches, reduziertes Niveau brachte - nach dem oft geäußerten Motto von Bundesaußenminister Genscher: "Wer mehr hat, muß mehr geben".

Die neue politische Lage

Mittlerweile hat sich das alte Blatt in der internationalen Abrüstung in zwei neue Blätter gewendet:

- Das neue neue Blatt ist, daß der Warschauer Pakt nicht mehr existiert. Orientiert man das als notwendig erachtete eigene militärische Potential - sicherheitshalber - wie bisher an der numerischen Stärke des größten Gegenüber, so kann künftig höchstens das Potential allein der Sowjetunion das Maß des Rüstungs-Quantums der NATO sein. Dies trifft umso mehr zu, als die Sowjetunion keinen Bündnispartner mehr in Europa hat.
- Das zweite Blatt ist, daß - siehe die jüngsten Initiativen des amerikanischen Präsidenten Bush und des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow zur atomaren Abrüstung - eigene Abrüstungsschritte nicht mehr von Verhandlungen abhängig gemacht werden. Die künftige Abrüstung entsteht aus einer wechselseitig anstehenden Dynamik selbständiger Abrüstungsschritte. Dies ist die neue politische Lage.

Die NATO ist konventionell nach allen Seiten deutlich überlegen

Ein Blick auf die konventionellen Militärpotentiale zeigt, daß - bei dem einzigen noch zulässigen Vergleich mit dem Militärpotential der Sowjetunion - die NATO deutlich überlegen ist.

- Die NATO hat in Europa gegenwärtig einen Personalbestand von 2.895.000 Soldaten (ohne Marine) - die Sowjetunion von 1.934.000 Soldaten. Die NATO hat also nahezu eine Million Soldaten mehr!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Drucksatz
mit wertvollen Inhaltsstoffen
Recycling-Papier



- Für die Kampfweffensysteme hat das Wiener Abkommen Anteilshöchststärken vom Atlantik bis zum Ural für alle Beteiligten festgelegt, die zu folgenden Ergebnissen führen:

Kampfpanzer:	NATO: 19.142	Sowjetunion 13.150
gepanzerte Fahrzeuge:	NATO: 29.882	Sowjetunion 20.000
Artilleriesysteme:	NATO: 18.286	Sowjetunion 13.175
Kampfflugzeuge:	NATO: 6.662	Sowjetunion 5.150
Kampfhubschrauber:	NATO: 2.000	Sowjetunion 1.150

Daraus ergibt sich: die NATO darf auf der Basis des Wiener Abkommens etwa 6.000 Panzer, 10.000 gepanzerte Fahrzeuge, 5.000 Artilleriesysteme, 1.500 Kampfflugzeuge und 500 Kampfhubschrauber mehr haben als die Sowjetunion.

Nun mögen einige einwenden, daß die neue Bedrohung aus dem Süden - dem nordafrikanisch-arabischen Raum - kommen könnte, worauf die NATO eingestellt sein müsse. Abgesehen davon, daß ein bewaffneter Angriff von Streitkräften auf die NATO aus dieser Region von niemandem ernsthaft unterstellt wird, sind auch hierzu Potential-Vergleiche interessant. Diese liegen blauer nur bei den Angaben für die Militärbudgets vor: Die NATO hat für ihre Potentiale in Europa sechsmal höhere Militärausgaben als alle Nationen des Mittleren Ostens und Nordafrikas zusammen. Zieht man davon die Staaten dieser Region ab, die in der Allianz gegen den Irak beteiligt waren, so ist das Verhältnis 17:1!

Die Forderung: Abbau der einseitigen konventionellen Überlegenheit der NATO durch einseitige Abrüstung!

Die NATO hat nicht nur eine eindeutige konventionelle Überlegenheit, sondern auch noch den Vorteil politischer Stabilität, einer überlegenen Ökonomie, auf dem militärischen Sektor eine zusätzliche maritime Überlegenheit und überdies eine waffentechnologische Überlegenheit. Sie hat jetzt allen Anlaß, den neuen amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsinitiativen auf dem atomaren Sektor eine entsprechende Abrüstungsinitiative auf dem konventionellen Sektor folgen zu lassen - zumal die Zeichen in der Sowjetunion eher auf Desintegration statt auf Erneuerung militärischer Stärke stehen.

Nach dem Motto: "Wer mehr hat, der muß mehr geben" heißt das, daß von der NATO zu fordern ist, über die Verpflichtung des Wiener Abkommens hinaus einseitig eine Million Soldaten, 6.000 Kampfpanzer, 10.000 gepanzerte Fahrzeuge, 5.000 Artilleriesysteme, 550 Kampfflugzeuge (da die NATO von der ihr zugestandenen 6.662 Flugzeugen nur 5.708 hat) und 500 Kampfhubschrauber abzurüsten.

Mit einem solchen einseitigen Schritt würde sich die NATO an den inhaltlichen Sicherheitskriterien des Wiener Abkommens orientieren. Von einem Verlust an Sicherheit kann bei einer Reduzierung keine Rede sein. Ein solcher Schritt wäre ein konstruktiver Beitrag der Allianz für eine neue Abrüstungsdynamik. Der NATO-Gipfel am 6./7. November 1991 in Rom sollte diese Chance ergreifen.

(-/11. Oktober 1991/st/fr)

Das Maß ist voll
Atommüll aller Länder nach Wismut?

Von Siegrun Klemmer MdB

Die Bundesrepublik wird mit der Zustimmung des Parlaments alleinige Inhaberin der Wismut, vormals Deutsch-Sowjetisches Gemeinschaftsunternehmen. Das Gesetz, mit dem das entsprechende Abkommen nun bestätigt werden soll, schafft einerseits frühzeitig Fakten, läßt andererseits zahlreiche Fragen offen, was die vom Uranerzbergbau der Wismut seit Jahrzehnten betroffene Bevölkerung zurecht beunruhigt. So wird nicht den Befürchtungen entgegengetreten, daß mit den Vorbereitungen zur Endlagerung des radioaktiven Abraums und der Gerätschaften der Wismut auch ein Endlager vorbereitet wird, in dem möglicherweise aus anderen Gegenden der Bundesrepublik oder auch aus dem Ausland Atommüll in Sachsen endgelagert werden soll.

Genährt werden solche Befürchtungen durch die Des-Informationspolitik der Bundesregierung, die im Wirtschafts- und Umweltministerium ein mehrere tausend Seiten starkes Gutachten unter Verschluß hält, an der die Kommunen und Gemeinden ein berechtigtes Interesse haben. Erst in einer von Experten der Bundesregierung gefilterten Form sollen Informationen und Pläne, wenn sie schon feststehen, an die Öffentlichkeit gelangen. Die Firmen- und Regierungsvertreter behaupten, daß es eine hervorragende und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ihnen und den betroffenen Kommunen gebe - wahr ist aber, daß bei den Betroffenen Zorn und Enttäuschung vorherrschen. Sie dürfen an einem Verfahren nicht teilnehmen, nicht einmal Analysen einsehen, die für die Zukunft ihrer Gebiete von großer Bedeutung sind. Stattdessen müssen sie hinnehmen, daß die Wismut als Verursacherin von in der Welt einmaligen Umweltschäden gleichzeitig Begutachterin und Saniererin sein soll.

Verbittert sind die Kommunalpolitiker auch darüber, daß sie Grundstücke, die unter dem DDR-Regime für 20 Pfennig pro Quadratmeter an die Wismut verkauft werden mußten, nun nicht zum gleichen Preis zurückzuerhalten sind. Im Gegenteil: die Wismut wird diese Grundstücke meistbietend verkaufen, wodurch Gemeinden dann teilweise für bis zu zwei Drittel ihres Gebietes sämtliche potentielle Pachteinnahmen verlieren. Zu schlechter Letzt trägt die Wismut dazu bei, die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe der Region kaputtzuwirtschaften. Denn bestimmte Unternehmensteile der Wismut, etwa im Bau- und Transportbereich, melden sich mit konkurrenzlos günstigen Angeboten auf alle möglichen Aufträge, obwohl diese mit dem Sanierungsauftrag der Wismut nichts zu tun haben.

Das Maß ist voll. Selbst auf hartnäckige Nachfragen vermieden Regierungsvertreter es zu dementieren, daß auf diese Weise die Entstehung eines Endlagers für Atommüll auch aus anderen in- oder ausländischen Herkunftsorten betrieben werden soll. Die SPD dagegen fordert:

- Kein Endlager, außer für die Materialien und Böden, die im Zusammenhang mit der Wismut-Tätigkeit selber angefallen sind und entsorgt werden müssen,
- Rückgabe der nicht sanierungsbedürftigen und der sanierten Flächen an die Gemeinden zu dem Preis, zu dem diese die Flächen einstmals hatten verkaufen müssen,

- keine weitere Unterstützung der lukrativen, zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmensteile aus Sanierungsmitteln des Bundes,
- Verantwortlichkeit der Wismut feststellen auch für die Schäden, die durch die Verwendung verstrahlten Baumaterials für Häuser und Straßen entstanden sind.

Die Bundesregierung muß im Fall Wismut zu einem Wechsel ihrer Informationspolitik gelangen, wenn sie angesichts eigener Verlautbarungen über "Neues Denken - Neues Handeln" glaubwürdig sein will. Die betroffenen Menschen in der Region, die Vertreter der Gemeinden und Kreise und die wachsame Öffentlichkeit haben Anspruch auf umfassende Information und angemessene Beteiligung an zukünftigen regionalen Planungen. (-/11. Oktober 1991/st/fr)

Dialog versus Muff **Spannungslinien im vereinten Deutschland**

Von Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Auf das Pathos der Vereinigung ist der nüchterne Alltag des Zusammenwachsens gefolgt. Beide Seiten haben sich im Rausch jenes politischen Schwindels, daß alles ganz leicht, von selbst und zu aller Vorteil gelingen werde, vereinigt. Sie müssen jetzt den Alltag mit den Schmerzen des Katers, den die Lasten der Einheit drüben wie hüben mit sich gebracht haben, bestehen. Arbeitslosigkeit und kein Ende drüben, Steuern und Abgabenbelastungen und kein Ende hüben: wahrlich, der Rausch ist verfliegen. Der schwindlerischen Euphorie, die GSU und CDU verbreitet haben, ist der Katzenjammer auf beiden Seiten gefolgt.

Lafontaines Wahrheit und Klarheit war nicht gewünscht. Er wurde als Cassandra verwünscht. Wenigstens ist er heute der Repräsentant der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit in der Politik. Kohl und Waigel sind immer noch auf der Flucht vor der Stunde der Wahrheit. Statt den Deutschen einzugestehen, daß und wie sie irregeführt haben, müssen der Golfkrieg und Osteuropa als Ausreden herhalten. Das mindeste, was die Menschen verlangen können, ist endlich die volle Wahrheit und Klarheit.

Die Stimmung ist gereizt; hüben wie drüben macht sich "Kaufneue" breit. Gerade deswegen müssen wir als Sozialdemokraten Kurs halten. Wir haben uns von der Euphorie nicht mitreißen lassen. Wir dürfen uns jetzt auch nicht von dem Kater der Ernüchterung überwältigen lassen. Die Deutsche Einheit war und ist weniger ein Geschenk des Himmels als eine politische Aufgabe, die wir mit aller Nüchternheit, mit Liebe zur Wahrheit und auch mit der Bereitschaft zum Konflikt anpacken müssen.

Die Kosten der Einheit sind dramatisch hoch. Zwar scheinen sie im Bundeshaushalt und den Länderhaushalten kaum auf. Denn sie sind in dem "Fonds Deutsche Einheit", dem "Kreditabwicklungsfonds" und den Schulden der Treuhand versteckt. Sie sind vielfach noch gar nicht beziffert, wie beispielsweise die Übernahme der Umwelt-Aklasten. Von Tag zu Tag wird klarer, daß die Grenzen der Belastbarkeit der Masse der westdeutschen Bevölkerung erreicht ist. Dabei sind noch längst nicht alle Belastungen erkennbar.

Die Ostdeutschen dürfen die Westdeutschen nicht überfordern. So sehr verständlich ist, daß die ungeduldig sind, so sehr werden wir ihnen auch Geduld abverlangen müssen. Je mehr die Obergrenzen der Belastbarkeit der Westdeutschen erreicht sind, desto mehr müssen über eine realistische Zeitschiene der Entwicklung in den ostdeutschen Ländern Anspruch und Wirklichkeit in einen neuen Zusammenhang gebracht werden.

Die Verteilung der Lasten auf eine erträgliche Zeitschiene allein reicht nicht. Die Belastungen der Westdeutschen müssen deutlich korrigiert werden. Es geht nicht an, über das Zwangssolidaritätsgesetz auch das geringste Einkommen zu belasten und gleichzeitig Steuervergünstigungen für Spitzeneinkommen zu diskutieren. Die niedrigen Einkommen sind durch Sozialausgaben und Mineralölsteuer wahrlich genug geschöpft. Deshalb muß das Solidaritätsgesetz entweder mit Einkommensgrenzen - 40.000 Mark für Ledige und 80.000 Mark für Verheiratete - versehen oder in eine Ergänzungsabgabe für die höheren Einkommen umgewandelt werden. Es redet sich leicht übers Teilen bei Einkommen, die selbst geteilt noch beachtlichen Lebensstandard gewährend. Das Gerede vom Teilen wird ärgerlich und unannehmbar bei denen, denen der kleinste Spielraum genommen wird.

Ernüchterung kommt aber nicht nur aus den materiellen Belastungen. Hoyerswerda und andere Anschlagorte decken nicht nur auf, welche kulturelle und moralische Wüstenei die SED und ihre schwarzen und liberalen Blockflöten in der ehemaligen DDR hinterlassen haben. Sie zeigen auch die politische Aufgabe auf, die wir meistern müssen. Diese politische Barbarei und

Unkultur darf nicht nach Westdeutschland eindringen, wo es auch noch einige reaktionäre und braune Rezidive gibt, wie Bremen gerade aktuell zeigt. Diese Barbarei muß im Interesse aller überwunden werden.

Es gibt kein "Recht auf Rückständigkeit und Provinzialität", wie es der sächsische Justizminister Steffen Heitmann noch letzte Woche beim Deutschen Richtertag in Köln eingefordert hat. Es gibt kein Recht auf politischen Mief. Durchlüftung tut Not. Es gibt eine Pflicht zur Lüftung der alten Käseglocke mit Dülten noch aus der Weimarer- und der Nazizeit. Deshalb muß erwartet werden, daß die, die sich sonst so gerne als die Vordenker der Nation feiern lassen, nicht wegtauchen und sich entschuldigen, sondern Farbe bekennen. Der Bundespräsident hat sich (wieder einmal recht spät) gemeldet; auch von Stolpe und Biedenkopf hört man (noch) keinen klaren Ton. Es wird höchste Zeit, daß sie Farbe bekennen.

Nach Bremen wird es nicht an Versuchen fehlen, Sozialdemokraten einzureden, Ihre urchristliche Einstellung der Barmherzigkeit zu Fremden sei ursächlich für die Niederlage. Gingen wir denen auf den Leim, die uns dies einreden wollen, würde der reaktionäre Mob und Muff nicht nur in Hoyerswerda gesiegt haben. Klarheit und Festigkeit sind auch hier gefragt. Es geht nicht darum, die Menschen zu bekämpfen. Es geht darum, die Ursachen der Flucht- und Wanderbewegungen zu erkennen und sie zu beseitigen.

Wir müssen erneut in ganz Deutschland den Geist von 1968, den offenen und kritischen Dialog gegen den alten Muff einsetzen. Das ist der gemeinsame Auftrag für das zusammenwachsende Deutschland. Nur so wächst ein weltoffenes europäisches Deutschland zusammen. Alles andere wäre die Rückkehr zum alten Mief, den wir für immer überwunden glaubten.

(-/11. Oktober 1991/rs/fr)
